

Russland: Putin unterzeichnet restriktives Gesetz zur Weitergabe von Glaubensüberzeugungen

Glaubensweitergabe eingeschränkt

Entgegen internationaler Menschenrechtsverpflichtungen würden die Änderungen am Religionsgesetz den Kreis jener, die ihren Glauben weitergeben dürften, auf Menschen mit Genehmigung seitens staatlich registrierter religiöser Gemeinschaften und Organisationen beschränken, so Forum 18. Damit wären religiöse Gruppen ausgeschlossen, die sich entschieden hätten, ohne staatliche Erlaubnis zu wirken, wie einige baptistische Gemeinschaften.

Das neue Gesetz schränke auch die Örtlichkeiten wo Glaubensüberzeugungen mitgeteilt werden dürften ein, so Forum 18. Es sei ausdrücklich verboten über den Glauben in Wohngebäuden oder ohne Erlaubnis auf dem Grundstück eines anderen Verbands zu sprechen. Ein anderer Teil des neuen Gesetzes verbiete auch, Wohneigentum zu religiösem Gebrauch umzunutzen.

In Anti-Terror-Gesetzespaket integriert

Die Gesetzesänderung bezüglich der Weitergabe von Glaubensüberzeugungen sei in ein Gesetzespaket zur Bekämpfung von Terrorismus und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit integriert worden, so Forum 18.

„Ein schwarzer Tag“

Die Unterzeichnung der Gesetzesänderung durch Präsident Putin habe in Russland breite Verurteilung hervorgerufen, so die norwegische Menschenrechtsorganisation. „Heute ist ein schwarzer Tag“, sagte Rechtsanwalt Vladimir Ryakhovsky vom

Slawischen Zentrum für Recht und Gerechtigkeit. Die Hoffnung, dass Putin das Gesetz nicht unterzeichnen würde, ist enttäuscht worden. Das Gesetz widerspreche offen dem Auftrag des Evangeliums „geht hin und macht zu Jüngern“ und verletzte zudem die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger, kommentierte der Rechtsanwalt. Laut Forum 18 beschwerte sich Ryakhovsky, dass diese Gesetzesänderung von Leuten verfasst worden sei, „die absolut keine Profis sind und die religiöse Praxis nicht verstehen.“ Die teilkontinentale Kirchenleitung der Siebententags-Adventisten ESD (Eurasien-Division), mit Sitz in Moskau, hatte bereits am 28. Juni an Präsident Putin appelliert, die restriktive Gesetzesänderung nicht zu unterzeichnen.
